

ÖFFENTLICHE MEINUNG ZU INTERNATIONALER SOLIDARITÄT IN DER CORONA-PANDEMIE

Zusammenfassung

Die Bewältigung der Corona-Pandemie erfordert internationale Solidarität und Zusammenarbeit – insbesondere mit Entwicklungsländern. Inwiefern jedoch unterstützt die Bevölkerung dieses Engagement? Daten des COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO) von April bis Juni 2020 zeigen, dass die Bevölkerung ein verstärktes entwicklungspolitisches Engagement Deutschlands zur Bekämpfung der Corona-Situation befürwortet. Sie hat jedoch Vorbehalte gegenüber Schuldenerlassen für Entwicklungsländer sowie Hilfe für die Wirtschaft und Geflüchtete vor Ort. Die Daten deuten nicht darauf hin, dass von der Pandemie ausgelöste Sorgen die Unterstützung für Entwicklungszusammenarbeit mindern.

Internationale Solidarität während der Corona-Pandemie

Die Corona-Pandemie stellt für alle Staaten eine große Herausforderung dar. Aufgrund weniger leistungsfähiger Gesundheitssysteme und schlechterer Hygienestandards sowie allgemein schlechterer Lebensbedingungen sind Entwicklungsländer besonders von der Pandemie bedroht, auch wenn durch die jüngere Bevölkerung weniger Menschen zur Hochrisikogruppe zählen. Hinzu kommen wirtschaftliche Auswirkungen der Pandemie, die Entwicklungsländer mit besonderer Härte treffen, da ein hoher Bevölkerungsanteil im informellen Sektor tätig oder auf ein tägliches Einkommen angewiesen ist.

Wie auch andere bilaterale Geber und multilaterale Organisationen hat Deutschland zeitnahe medizinische und finanzielle Unterstützung für Entwicklungsländer versprochen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) hat ein Sofortprogramm in Höhe von über einer Milliarde Euro aufgesetzt (BMZ, 2020), um beispielsweise Gesundheitssysteme zu stärken und auch mittelfristig eine ausreichende Ernährung zu

sichern. Auch das Auswärtige Amt hat 300 Millionen Euro zusätzlich für Humanitäre Hilfe zur Verfügung gestellt (Auswärtiges Amt, 2020).

Dieser Policy Brief widmet sich der Frage, inwieweit die Bevölkerung diese Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie der damit einhergehenden Folgen unterstützt. Vor dem Hintergrund, dass auch die Bürger*innen Deutschlands von den Folgen betroffen sind, könnte die Unterstützung für internationale Solidarität sinken. Umgekehrt könnte eine Pandemie, die vor Landesgrenzen keinen Halt macht und potenziell alle Menschen betrifft, Solidarität begünstigen. Daraus ergeben sich zwei zentrale Fragen:

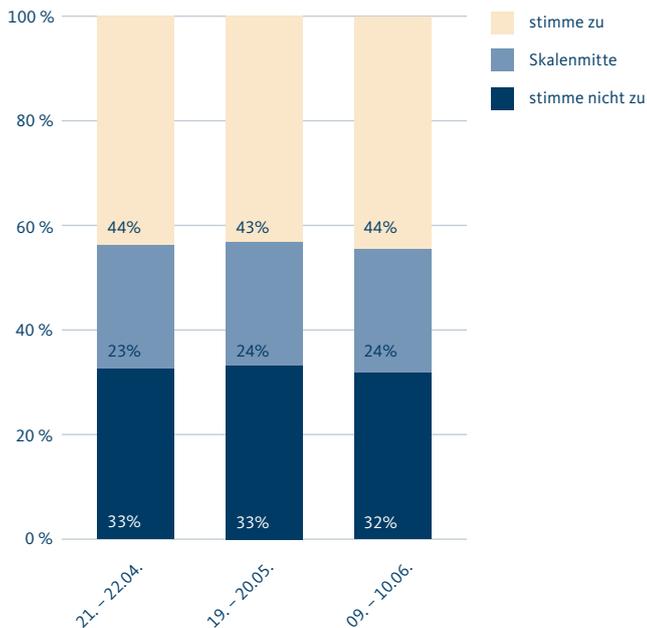
1. Unterstützt die Bevölkerung entwicklungspolitische Maßnahmen im Kontext der Pandemie?
2. Können durch die Pandemie hervorgerufene Sorgen die öffentliche Unterstützung gefährden?

COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)

Die COSMO-Befragung wird im Verlauf der Pandemie in regelmäßigen Abständen durchgeführt. Sie umfasst jeweils rund 1.000 Personen, die online befragt werden. Die Stichproben repräsentieren in Alter, Geschlecht und Bundesland die Bevölkerung Deutschlands. Den Teilnehmenden werden Fragen zu ihrer aktuellen Lebenssituation, ihrer psychischen Lage und ihrem Umgang mit der Pandemie gestellt. Die Befragung wird von der Universität Erfurt gemeinsam mit dem Robert-Koch-Institut, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und anderen Akteuren durchgeführt. Das DEval ist Kooperationspartner für das Thema „Internationale Zusammenarbeit“ und hat Fragen zu internationaler Solidarität beziehungsweise Entwicklungspolitik in die Befragungen am 21./22. April, 19./20. Mai und 9./10. Juni 2020 eingespeist.

Abbildung 1. Die öffentliche Meinung zu entwicklungspolitischen Maßnahmen in der Corona-Pandemie

Unterstützung EZ insgesamt



Unterstützung konkreter EZ-Maßnahmen

Deutschland sollte Entwicklungsländer verstärkt unterstützen, um die Grundversorgung mit Nahrungsmitteln in diesen Ländern sicherzustellen.

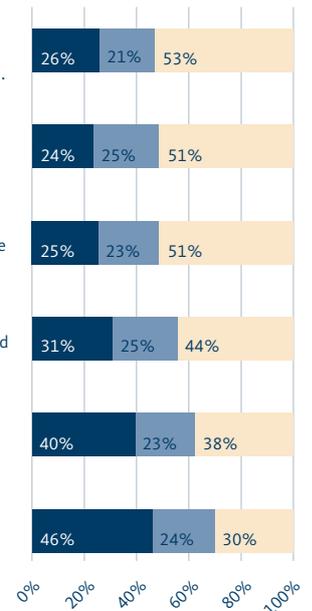
Deutschland sollte verstärkt mit internationalen Organisationen – wie der Weltgesundheitsorganisation und der EU – zusammenarbeiten.

Deutschland sollte Entwicklungsländer verstärkt unterstützen, um die dortigen Gesundheitssysteme zu verbessern.

Deutschland sollte Entwicklungsländer verstärkt unterstützen, um die Wirtschaft zu stabilisieren und Arbeitsplätze zu erhalten.

Deutschland sollte in der Corona-Situation mehr dafür tun, die Lebenssituation der syrischen Flüchtlinge innerhalb Syriens und seiner Nachbarländer zu stabilisieren.

Deutschland sollte den ärmsten Ländern aufgrund der Corona-Situation die Rückzahlung von Schulden erlassen.



Quelle: Datenbasis COSMO-Erhebung; eigene Darstellung.

Anmerkung: Die rechte Abbildung bezieht sich auf die Erhebung vom 19. – 20.05.2020. Alle dargestellten Fragen wurden auf einer siebenstufigen Antwortskala von 1 „stimme überhaupt nicht zu“ bis 7 „stimme voll und ganz zu“ abgefragt. Zur besseren Veranschaulichung der Ergebnisse wurden die Antwortkategorien 1 bis 3 zu „stimme nicht zu“ und die Kategorien 5 bis 7 zu „stimme zu“ zusammengefasst. Die Antwortkategorie 4 entspricht der Skalenmitte.

Unterstützung für entwicklungspolitische Maßnahmen, Vorbehalte gegenüber Hilfen für Geflüchtete, Wirtschaftshilfen und Schuldenerlassen

Die Unterstützung der Bevölkerung für verstärkte Entwicklungszusammenarbeit (EZ) während der Corona-Pandemie ist auf einem konstant hohen Niveau. In jeder der Befragungen stimmten rund 44 Prozent der Befragten der Aussage „Deutschland sollte Entwicklungsländer verstärkt mit Geld und Know-how unterstützen, um die Corona-Situation und ihre Folgen zu bewältigen“ zu (siehe Abbildung 1, links).

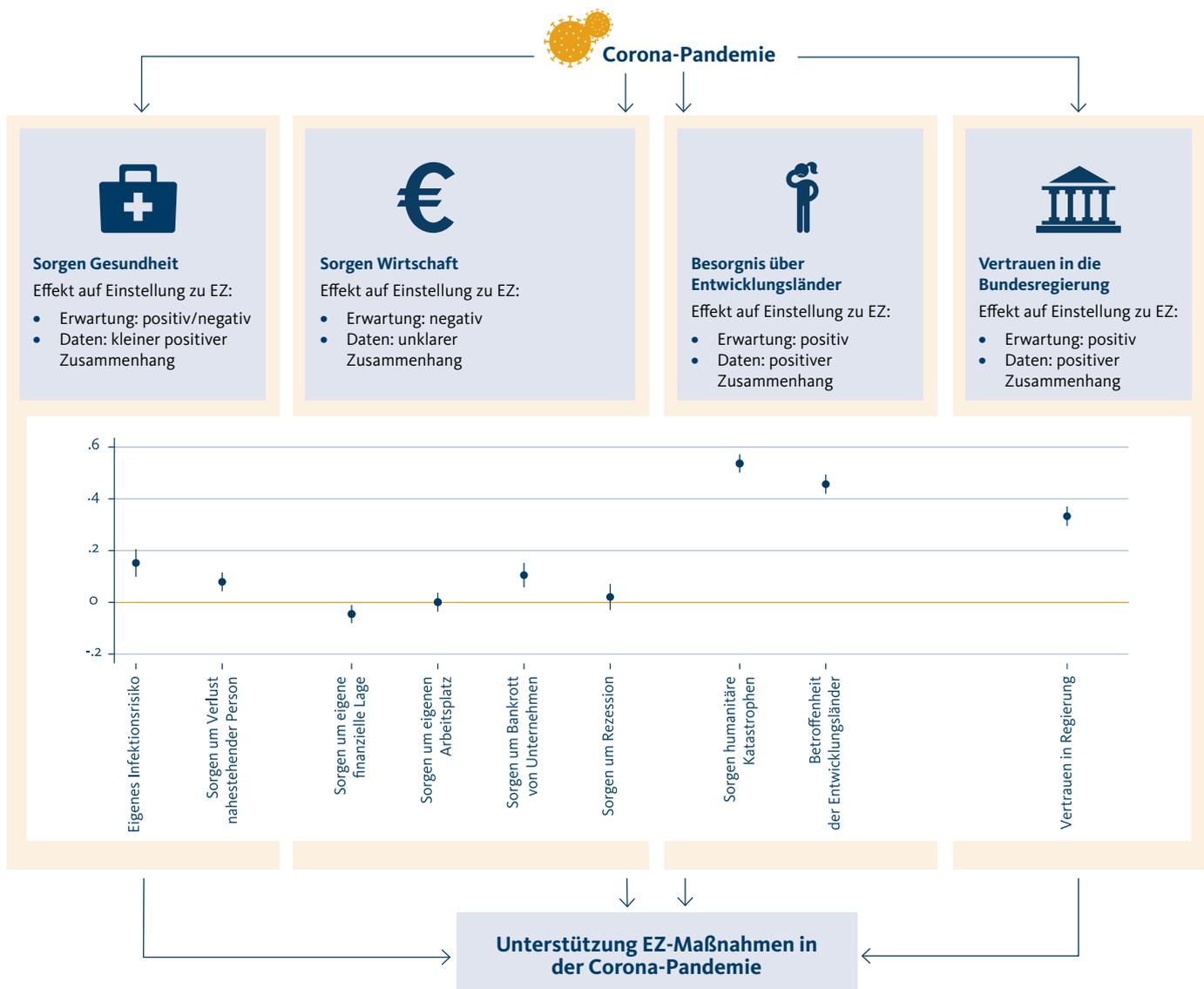
Hinsichtlich konkreter Maßnahmen, die beispielsweise im BMZ-Sofortprogramm enthalten sind, unterstützt gut die Hälfte der Befragten ein Engagement in den Bereichen Ernährungssicherung, multilaterale Zusammenarbeit und Gesundheit (siehe Abbildung 1, rechts). Skeptischer sind die Befragten gegenüber Maßnahmen, die die Wirtschaft oder Geflüchtete in Entwicklungsländern unterstützen sollen. Die geringste Zustimmung erfährt ein Schuldenerlass für Entwicklungsländer. Lediglich 30 Prozent stimmen diesem zu.

Wahrnehmung der Pandemie und die Unterstützung internationaler Solidarität

Die Corona-Pandemie hat gesundheitliche, wirtschaftliche, soziale und psychologische Auswirkungen auf alle Menschen. Insbesondere im Falle wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Sorgen liegt die Hypothese nahe, dass die Bevölkerung zwischen der Verwendung medizinischer und finanzieller Ressourcen in Deutschland und internationalem Engagement abwägt. Andererseits besteht die Möglichkeit, dass sich durch die Pandemie das Bewusstsein für die Lage in Entwicklungsländern und die Empathie mit den dort lebenden Menschen erhöht. Auch das Vertrauen in die Regierung wird durch die Pandemie auf die Probe gestellt und ist zugleich ein zentraler Faktor, der die Unterstützung für globale Solidarität begünstigen dürfte. Abbildung 2 skizziert, wie die Pandemie die Bürger*innen beeinflusst und welche Auswirkungen sie auf die Einstellung zur EZ haben könnte.

1. Die Daten zeigen, dass die Indikatoren für gesundheitliche Sorgen schwach positiv mit der EZ-Unterstützung korrelieren.

Abbildung 2. Wahrnehmung der Pandemie und Unterstützung globaler Solidarität



Quelle: Datenbasis COSMO-Erhebung; eigene Darstellung.

Anmerkung: Im unteren Teil der Abbildung sind Regressionskoeffizienten einer gemeinsamen Analyse aller drei COSMO-Wellen abgetragen. Die Koeffizienten zeigen, in welchem Zusammenhang die untersuchten Faktoren mit der Unterstützung für verstärkte EZ-Maßnahmen in der Corona-Pandemie stehen. Berücksichtigt werden dabei auch verschiedene soziodemografische Merkmale und Unterschiede zwischen den COSMO-Wellen (Skala 1–7; höhere Werte bedeuten stärkere Zustimmung). Sofern die senkrechten Konfidenzintervalle (95 Prozent) die waagerechte Nulllinie nicht überschreiten, ist von einem statistisch signifikanten Zusammenhang auszugehen. Positive (negative) Koeffizienten bedeuten, dass bei Erhöhung der unabhängigen Variable die Unterstützung durchschnittlich höher (niedriger) ausfällt. Koeffizienten nahe der Nulllinie, deren Konfidenzintervalle die Linie überschreiten, weisen schließlich keinen signifikanten Effekt auf. Das heißt, es kann kein Zusammenhang der Variablen identifiziert werden. Detaillierte Informationen zu den Analysen stehen auf Anfrage zur Verfügung.

- Je stärker die Sorgen um die Gesundheit von Angehörigen und Freunden oder sich selbst, desto höher fällt die Zustimmung zu verstärkten EZ-Maßnahmen aus.
- Für wirtschaftliche Sorgen findet sich hingegen ein komplexeres Bild. Sorgen um die eigene finanzielle Lage haben einen sehr schwachen negativen Effekt, während Sorgen um den Bankrott von Unternehmen in Deutschland einen schwach positiven Effekt aufweisen. Für die Sorgen um den Arbeitsplatz sowie hinsichtlich einer Rezession lassen sich keine signifikanten Zusammenhänge erkennen.
 - Sorgen über humanitäre Katastrophen in Entwicklungsländern sowie die Wahrnehmung solcher Länder als besonders betroffen von der Pandemie stehen in einem starken positiven Zusammenhang mit der Unterstützung für EZ. Je höher die Sorgen beziehungsweise Wahrnehmung der Länder als besonders betroffen, desto höher ist die Zustimmung zu verstärkten Maßnahmen zugunsten von Entwicklungsländern.

4. Schließlich korreliert die Unterstützung für EZ relativ stark mit dem Vertrauen in die Bundesregierung. Je mehr Vertrauen eine Person der Regierung entgegenbringt, desto stärker ist die Unterstützung für EZ-Maßnahmen während der Pandemie.

Implikationen für entwicklungspolitische Akteure

Die COSMO-Daten senden ein ambivalentes Signal an die entwicklungspolitischen Akteure in Deutschland: Einerseits befürwortet die Bevölkerung stärkeres entwicklungspolitisches Engagement in der Corona-Pandemie. Andererseits existieren Vorbehalte, wenn es um Schuldenerlasse für Entwicklungsländer sowie die Unterstützung der Wirtschaft und Geflüchteter vor Ort geht.

Der Zusammenhang zwischen den durch die Pandemie hervorgerufenen Sorgen und der Einstellung zu EZ deuten aktuell nicht darauf hin, dass die Pandemie die öffentliche Unterstützung für EZ untergräbt beziehungsweise ein Abwägen zwischen Maßnahmen in Deutschland und Unterstützung von Entwicklungsländern stattfindet. Im Gegenteil: Mit Blick auf gesundheitliche Sorgen finden sich Hinweise darauf, dass die Pandemie eine stärkere internationale Solidarisierung begünstigen könnte.

Literatur

Auswärtiges Amt (2020), „Außenminister Maas zur COVID-19-bedingten humanitären Hilfe des Auswärtigen Amtes“, Pressemitteilung Auswärtiges Amt (AA), 27. April 2020, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/maas-huhi-covid19/2337330> (zugegriffen am 18.08.2020).

BMZ (2020), „Entwicklungsministerium legt ‚Corona-Sofortprogramm‘ vor“, Pressemitteilung Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), 23. April 2020, <http://www.bmz.de/20200423-1> (zugegriffen 18.08.2020).

COSMO (2020), „COVID-19 Snapshot Monitoring (COSMO)“, Universität Erfurt, <https://projekte.uni-erfurt.de/cosmo2020/cosmo-analysis.html> (zugegriffen 18.08.2020).

Das Vertrauen in die eigene Regierung und die Sorge, dass Entwicklungsländer besonders stark vom Coronavirus betroffen sein könnten, stehen in einem positiven Zusammenhang mit der Unterstützung von verstärkter EZ während der Pandemie. Hier liegen mögliche Risiken – insbesondere, wenn das Vertrauen in die Regierung und ihre Entscheidungen im Verlauf der Pandemie sinkt.

Für staatliche und zivilgesellschaftliche EZ-Akteure impliziert dies zum jetzigen Zeitpunkt, weiterhin transparent zu kommunizieren, wie sich die Situation in Entwicklungsländern darstellt und welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen. Diese Kommunikation sollte so erfolgen, dass sie das Vertrauen in die Akteure stärkt, indem sie eine der Herausforderung angemessene Antwort sachlich formuliert. Manche Maßnahmen – insbesondere Schuldenerlasse – sind nicht nur in der Wissenschaft umstritten und anspruchsvoll für eine entwicklungspolitisch effektive Umsetzung, sondern offensichtlich auch der Bevölkerung schwerer zu vermitteln.

Dr. Sebastian H. Schneider

Teamleiter

Jens Eger

Evaluator

Dr. Martin Bruder

Abteilungsleiter

Prof. Dr. Jörg Faust

Direktor des DEval

Das Deutsche Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval) ist vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mandatiert, Maßnahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit unabhängig und nachvollziehbar zu analysieren und zu bewerten. Mit seinen Evaluierungen trägt das Institut dazu bei, die Entscheidungsgrundlage für eine wirksame Gestaltung des Politikfeldes zu verbessern und Ergebnisse der Entwicklungszusammenarbeit transparenter zu machen.